

NISSEN, SYLKE

**DIE EINSCHRÄNKUNG DER ARBEITNEHMERFREIZÜGIGKEIT NACH DER
OSTERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEREN FOLGEN**

Sylke Nissen, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, nissen@uni-leipzig.de

SEKTION OST- UND OSTMITTELEUROPASOZIOLOGIE: EUROPÄISCHE
ENTWICKLUNGSDYNAMIK UND SOZIALE FOLGEN UNTER BESONDERER
BERÜCKSICHTIGUNG DES ÖSTLICHEN EUROPA

Mit der Aufnahme in die Europäische Union sind für das neue Mitglied Rechte und Pflichten verbunden. Zu den Pflichten des beitretenden Staates gehört die Übernahme des *Aquis Communautaire*, des gemeinsamen Besitzstandes der EU. Zu den Rechten des neuen Mitglieds gehören die im Vertrag von Maastricht 1992 festgelegten vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes. Im Zuge der Erweiterung der EU um 12 mittel- und südosteuropäische Staaten in den Jahren 2004 und 2007 wurden die vier Grundfreiheiten den Neumitgliedern in einem wesentlichen Punkt nicht gewährt: Die meisten Staaten der EU-15 setzten für die Beitrittsländer (mit Ausnahme von Malta und Zypern) verschiedene mehr oder minder restriktive Regulierungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Kraft.

Obwohl verschiedene, unter anderem von der Kommission der EU selbst veranlasste Untersuchungen die Lockerung oder Aufhebung der Übergangsregeln empfehlen, haben zahlreiche Altmitglieder ihre Einschränkungen beibehalten oder gar neue Restriktionen anlässlich des Beitritts von Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007 eingeführt.

Der Beitrag untersucht die Gründe für die nationalen Strategien zur Regulierung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und kontrastiert die Übergangsregelungen mit der zu beobachtenden *Übergangsrealität* in den betroffenen Beitrittsländern und den Staaten der EU-15. Dabei wird das Interesse sich auf die Diskussion folgender Fragen konzentrieren:

- Welche Entwicklungen haben sich in den Ökonomien und vor allem auf den Arbeitsmärkten der Mitgliedsländer vollzogen?
- Welche Tendenzen lassen sich feststellen, die auf ein faktisches Unterlaufen der Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit hinweisen?
- Wie werden die politischen Strategien und die empirischen Entwicklungen von der öffentlichen Meinung flankiert?